

Flüchtlinge unterstützen – Unzumutbare Zustände in der Flüchtlingsbetreuung beenden

Mit Bestürzung und Empörung verurteilt die SPD Charlottenburg-Wilmersdorf die fremdenfeindlichen und rassistischen Übergriffe gegen Flüchtlinge und Flüchtlingsunterkünfte in Deutschland und insbesondere in Berlin. Hier ist der demokratische Rechtsstaat gefordert, mit all seinen Mitteln gegen diese extremistischen und terroristischen Handlungen vorzugehen, sowie auch präventiv tätig zu werden. Dazu gehört aber auch, schnellstmöglich für die Flüchtlinge Rahmenbedingungen und Voraussetzungen zu schaffen, die ein menschenwürdiges Dasein und ein vertrauensvolles Miteinander ermöglichen. Deutschland braucht dringend ein Einwanderungsgesetz, das die Voraussetzungen für eine geregelte und gesicherte Zuwanderung in die Bundesrepublik Deutschland schafft.

Wir begrüßen und unterstützen ausdrücklich das Bürgerschaftliche Engagement vieler Berlinerinnen und Berlin, die nicht nur den Menschen unmittelbar helfen, sondern auch dafür sorgen, dass das Feld nicht den Rassisten und Antidemokraten überlassen wird.

Zugleich fordert die SPD Charlottenburg-Wilmersdorf Senat und Abgeordnetenhaus auf, unverzüglich die personellen und finanziellen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die für alle Beteiligten, die Flüchtlinge, die Beschäftigten der Verwaltung, aber auch für die vielen Ehrenamtlichen, unzumutbaren Zustände im Landesamt für Gesundheit und Soziales, sowie in den übrigen mit der Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen zuständigen Behörden des Landes Berlin, beendet werden. Dazu gehört auch, den Menschen schnell und unbürokratisch eine angemessene Unterkunft zur Verfügung zu stellen.